

Amt und Stadt



OBM im Interview mit Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetags, und Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags. Beide appellieren an die Bundesregierung, mehr und früher mit den Kommunen zu sprechen.

„Wir befinden uns in einer Zeitenwende“

Der Deutsche Städtetag wünscht sich mehr Dialog mit Bund und EU – für mehr Praxisbezug.

Die Fragen stellte Vanessa Wilke.

OBM traf Städtetagspräsident Markus Lewe und Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy im Vorfeld der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Hamburg. Im Doppelinterview analysieren beide Gegenwart und Zukunft der Städte, die Beziehungen zum Bund und welche Bedeutung der kommunalen Interessenvertretung zukommt.

Herr Lewe, Anfang Juni geben Sie Ihr Amt als Präsident des Deutschen Städtetags ab. Welche zentralen Entwicklungen sehen Sie im kommunalen Bereich? Ziehen Sie Bilanz.

Lewe: Wir befinden uns in einer Zeitenwende, die viele Veränderungen mit sich bringt, etwa durch die Digitalisierung. Und wir stehen vor großen Herausforderungen wie dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen in wachsenden Städten und der Verkehrswende hin zu einer nachhaltigen Mobilität. Als Deutscher Städtetag haben wir bei diesen Themen Lösungen angemahnt und steuern viele eigene Ideen und eigenes Handeln aus den Städten bei. Wir sind auch schon ein Stück weitergekommen. Doch diese Aufgaben werden Bund, Länder und Kommunen noch eine ganze Zeit beschäftigen.

Welche Rolle kann der Deutsche Städtetag als die große Interessenvertretung der kreisfreien und der kreisangehöri-

gen Städte im Spannungsfeld gegenüber der Bundespolitik übernehmen?

Lewe: Der Deutsche Städtetag sorgt dafür, dass die Gesetzgebungsprozesse beim Bund mit kommunaler Kompetenz begleitet werden. Er fordert das ein, worauf die Städte ein Recht haben und was die Städte von Bund und Ländern an Unterstützung brauchen, um ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gut zu erfüllen. Er ist ein Verband, der sich im Austausch um die beste Idee bewegt, der es schafft, die Unterschiedlichkeit der Städte aufzugreifen und eine klare gemeinsame Meinung zu entwickeln. Das ist wichtig, denn je einheitlicher der Städtetag auftritt, desto deutlicher wird die Stimme des Städtetags auch im Bund und in Europa gehört.

Herr Dedy, die deutschen Städte sind aktuell so offen für Neues wie nie zuvor. Sie suchen nach Zukunftsstrategien zur Bewältigung großer globaler Herausforderungen, müssen Maßnahmen ergreifen, um die Verkehrswende und das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele möglich zu machen. Eine große Verantwortung! Wie unterstützen Sie die Kommunen darin?

Dedy: Aktuell stellt sich die Frage, wie wir eigentlich leben wollen. Denken wir an Jan Gehls Buch „Städte für Menschen“, an „Fridays for Future“ oder an die Verkehrsdebatte. Da sind Städte Labore der Entwicklung und auch so etwas wie ein Brennglas, unter dem sichtbar wird, was sich in unserem Land entwickelt. Wir versuchen als Städtetag, auf dieser Basis voranzustreben, und entwerfen dazu Positionen. Auch wenn Städte heterogen sind und völlig unterschiedliche Ausgangsvor-

aussetzungen haben, schließen sie sich über den Deutschen Städtetag zu einer Solidargemeinschaft zusammen. Dabei ist für uns wichtig, dass wir bei unseren verbandsinternen Abstimmungen immer eine Mehrheit von mindestens 75 Prozent haben. Das bedeutet, dass alles, was wir tun, von einer breiten Mehrheit getragen wird. Das macht unsere Bedeutung aus.

Lewe: Fast immer sind es sogar einstimmige Abstimmungen. Und das ist eine große Kunst. Das kann man nur durch eine intensive Kommunikation, fachlichen und politischen Austausch und das Ringen um die beste Lösung gewährleisten – auf allen Ebenen und in den entsprechenden Gremien.

Sie sprechen hier von der internen Kommunikation. Um aber auch auf den Ebenen von EU, Bund und Ländern Gehör zu finden, bedarf es vor allem einer intensiven öffentlichen Kommunikation.

Lewe: Das ist ein wichtiges Feld neben den sehr vielen Gesprächen mit Politikern und Ministerien. Deshalb vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine wichtige Aussage des Deutschen Städtetags in den Medien sichtbar wird. Damit möchten wir aber nicht nur auf anderen Ebenen gehört werden. Wir möchten auch den Städten zeigen, dass sie Unterstützung haben. Denn es gibt Themen, die man allein nicht lösen kann – wie die Frage nach dem vorhandenen Instrumentarium, um bezahlbaren Wohnraum in wachsenden Städten zu schaffen. Oder die Frage, wie man individuelle und umweltverträgliche Mobilität in Einklang bringen kann. Oft bewegen wir uns in den Leitplanken, die uns der Gesetzgeber auferlegt. Mitunter gelingt es uns aber auch,

die Leitplanken mitzusetzen. Als Städtetag haben wir die Möglichkeit, Ideen aus der unmittelbaren Praxis einzubringen – das tut der Gesetzgebung gut!

Dedy: Dieser Praxisbezug ist wichtig. Da verstehe ich manchmal nicht, warum die Bundesregierung das nicht häufiger nutzt, beispielsweise, als es um die Frage nach dem Umgang mit den E-Scootern ging. Wir wussten, dass E-Scooter auf den Gehwegen nicht erlaubt werden sollten, weil das gefährlich ist. Der Bund könnte bei Innovationen die Städte als Labore nutzen und sie nach ihrer Einschätzung fragen. Stattdessen gibt es aber meistens zuerst einen Referentenentwurf, dann berichten die Medien darüber, und hinterher gibt es Korrekturen. Die E-Scooter sind nur ein Beispiel. Die Bundesregierung hat eben keine praktischen Erfahrungen im Kita-Bereich, lässt keine Taxis zu, macht keinen ÖPNV. Das machen die Kommunen, und deshalb sind sie in der Lage einzuschätzen, wie Neuerungen wirken. Man sollte sich noch mehr zwischen den Ebenen austauschen – in einem Wechselstromprinzip. Das passiert zwar häufig, ist aber noch nicht die Regel.

Wie ließe sich denn die Zusammenarbeit von Bund und Kommunen intensiver gestalten?

Lewe: Das ist vor allem eine Haltungsfrage. Wir haben ja Anhörungsrechte auf nationaler Ebene, aber die entscheidende Frage ist, warum der Bund nicht zum Hörer greift und nachfragt. Das ist eigentlich eine Frage des Respekts. Ganz nebenbei ist es auch für das jeweilige Ministerium durchaus gewinnbringend, wenn es darauf hinweisen kann, dass es ein kooperatives Projekt mit den Kommunen

initiiert hat. Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung, mehr und früher mit uns zu sprechen.

Die EU ist divers, komplex und kompliziert. Wie gelingt es dem Deutschen Städtetag, unter diesen Rahmenbedingungen die Interessen der deutschen Kommunen zu vertreten?

Lewe: Gerade in Europa wäre eine viel stärkere Einbindung der Städte erforderlich. Dazu gibt es jede Menge Lippenbekenntnisse. Aber da sind noch deutlich intensivere Möglichkeiten auszuloten – beispielsweise in den Gesetzgebungsverfahren. Rund 70 Prozent der gesetzlichen Grundlagen, mit denen die Kommunen arbeiten, haben ihren Ursprung in Europa. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang aber auch, darüber nachzudenken, wie man Europa emotional erlebbar machen kann. Wir müssen Europa ein Herz geben. Das ursprüngliche Ziel, Europa zum Erhalt des Friedens zu gründen, sieht die junge Generation als eingelöst an.

2020 wird Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der EU innehaben. Was ist für Sie als Städte das besonders relevant?

Dedy: Städte werden da besonders im Fokus stehen, weil die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ überarbeitet werden soll. Wir wollen da unseren Beitrag leisten. Dabei geht es uns zum Beispiel noch deutlicher als bisher um den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen Europas.

Der Deutsche Städtetag soll eine moderne Verwaltung fördern. Was ist aktuell modern?

Dedy: Eine moderne Verwaltung ist eine gute und produktive Verwaltung, die sich den neuen Herausforderungen stellt. Und wenn sie gut ist, liest man von ihr nichts in der Zeitung, weil sie funktioniert.

Ich hätte in diesem Zusammenhang als erstes das Stichwort „Digitalisierung“

kommen können. Wir brauchen beides: analoge und digitale Zugänge. Ein Aspekt dabei ist Entbürokratisierung, denn viele Verwaltungsvorgänge lassen sich vereinfachen.

Lewe: Daran schließt sich natürlich noch eine wichtige Frage an: Wer ist eigentlich Herr über die Daten, die wir in diesem Pro-

Chancen für die Städte, die in ihrem Sinne genutzt werden sollten. Beispielsweise gibt es Start-ups, die smarte Steuerungskonzepte für Kommunen entwickeln. Das ist eine kreative Aufgabe der Kommunen: die Daten nutzbar zu machen und gleichzeitig ihre Nutzung zu begleiten.

Und dann aber auch die Auswahl zu treffen und die Sicherheitsvorkehrungen, dass sensible Daten nicht herausgegeben werden.

Dedy: Ohne das geht es natürlich nicht. Das ist auch eine Frage des Vertrauens. Wenn wir mit den Daten nicht vernünftig umgehen, dann wird man uns nicht vertrauen, dann erodiert unsere Basis.

Der Aufbau und die Pflege von Datenplattformen ist ein riesiges Projekt. Haben die Städte denn überhaupt die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung?

Dedy: Den technischen Aufbau von Digitalplattformen werden die Kommunen nicht allein stemmen können. Hier wird eine finanzielle Unterstützung der Länder notwendig sein. Wir beobachten generell, dass es in unterschiedlichen Bereichen schnell mal ein Förderprogramm gibt, aber keine Pläne dafür,

wie das Ganze nachhaltig finanziert werden soll. Das muss sich ändern. Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Förderung bei zentralen Zukunftsthemen. Ein Beispiel: Wir feiern den Digitalpakt und das sicher zu Recht. Aber wer bezahlt in einigen Jahren die Weiterentwicklung und technische Erneuerung der Infrastruktur? Der Bund sollte hier mitwirken und sich dauerhaft bei der digitalen Bildung engagieren.

Herr Lewe, Ihre Amtszeit als Präsident des Deutschen Städtetags endet im Juni. Wie haben Sie die vergangenen eineinhalb Jahre in diesem wichtigen und prominenten Amt erlebt? Was war für Sie überraschend, was war Ihnen besonders wichtig?

Lewe: Mir hat meine Amtszeit uneingeschränkt Freude bereitet. Besonderen Wert habe ich darauf gelegt, im Hauptausschuss des Städtetags intensiver zu diskutieren – Kerntemen waren Digitalisierung und Mobilität. Mir war es wichtig, dass der Verband da nicht nur fertige Sachen vorlegt, sondern dass es Raum gibt, sich mit zentralen Themen ausführlicher auseinanderzusetzen, bevor eine Position beschlossen wird.

Besonders spannend war die Zeit, in der sich die Bundesregierung neu konstituierte.

Und ich habe viele Gespräche mit Ministerinnen, Ministern und Abgeordneten geführt. Über die Einrichtung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ habe ich mich sehr gefreut. Allerdings habe ich in diesem Zusammenhang noch die Sorge, dass das dafür Notwendige nicht dauerhaft und ernsthaft genug vorangetrieben werden könnte. Besonders besorgt bin ich aber darüber, wie fahrlässig man mit dem Thema Grundsteuer umgeht.

Sind die Münsteraner froh, wenn Sie nach der Wahl am 5. Juni Ihr Ehrenamt beim Städtetag abgeben und sich wieder auf die lokalen Themen konzentrieren können?

Lewe: Es war schon eine Herausforderung, beide Ämter in Balance zu halten. Die Bürgerinnen und Bürger in meiner Stadt haben natürlich auch meine Präsenz vor Ort erwartet. Ich denke, dass es mir gelungen ist, ihnen den Mehrwert eines solchen Amtes darzustellen, denn schließlich ist es zum Nutzen aller, wenn einer die Fahne in der Hand hält und für die Gemeinschaft der deutschen Städte spricht. ◀

v.wilke@obm-zeitung.de



GERADE IN EUROPA WÄRE EINE VIEL INTENSIVERE EINBINDUNG DER STÄDTE ERFORDERLICH.“

Markus Lewe, OBM der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetags

erwartet. Wie digital muss die Verwaltung sein, um modern zu sein?

Dedy: Die Digitalisierung ist wichtig, aber Verwaltung wird nicht ausschließlich digital sein. Wir werden nicht das Rathaus absperren und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass sie nur noch über das Internet zu uns

zess gewinnen? Die Kommunen hatten immer eine Informationshoheit. Das ist heute nicht mehr zwangsläufig so und kann zum Teil auch nicht mehr so sein. Open-Data-Angebote können für Transparenz sorgen und dazu beitragen, Partizipation zu ermöglichen. Aus den Daten erwachsen auch tolle